

SPD kippt Verkehrskonzept

Anwohner des Prinz-Eugen-Parks
drohen mit Klage gegen Bebauung

Englschalking – Eigentlich war alles klar mit den Neubauplänen für die ehemalige Prinz-Eugen-Kaserne in Englschalking. Doch jetzt drohen die Nachbarn mit Klage, weil sie eine Verkehrslawine befürchten, sobald auf dem Areal gebaut wird. Bisher war nämlich geplant, dass mit Baubeginn Sperren, Einbahnregelungen und ein Durchfahrtsverbot für Lastwagen über 3,5 Tonnen durch das benachbarte Wagnerviertel in Kraft treten. Doch als der Planungsausschuss des Stadtrats vergangene Woche Flächennutzungsplanänderung und Bebauungsplan für die 1800 neuen Wohnungen billigte, setzte die SPD einen Änderungsantrag durch, der den Passus zum Verkehr streicht. Stattdessen sollten verkehrsordnende Maßnahmen nur noch „zeitgerecht“ umgesetzt werden, wenn Zählungen einen Bedarf ergäben.

CSU-Stadtrat Robert Brannekämper kritisierte diese „unverbindliche Formulierung“ massiv. Damit werde die aufwendige Bürgerbeteiligung – allein das Planungsreferat veranstaltete drei Infoabende und entwickelte zwölf Varianten zum Verkehrskonzept – ad absurdum geführt. Hätte man, wie ursprünglich geplant, zuerst das Verkehrskonzept umgesetzt und dann die Wohnungen gebaut, so Brannekämper, „wäre es möglich gewesen, Fehler im Konzept in der Praxis rasch zu erkennen und zu korrigieren“. Den Nachbarn des neuen Quartiers, stellt der CSU-Stadtrat in einer Pressemitteilung fest, bleibe jetzt nur eine Klage gegen den Bebauungsplan. Sie dürfe „allerdings große Aussicht auf Erfolg haben“, weil durch die Änderung die Verkehrsprognosen nicht mehr stimmten.

Die Bürgerinitiative Verkehrskonzept Prinz-Eugen-Park jedenfalls kündigt eine solche Klage schon einmal an. In einem offenen Brief kritisiert der BI-Vorsitzende Michael Schramm SPD-Stadträtin Christiane Hacker, die er als Wortführerin des Änderungsantrags ausmacht. Der habe zur Folge, „dass erst nach Abschluss der Bebauung, mithin frühestens in zehn Jahren, über verkehrslenkende Maßnahmen auch nur nachgedacht wird“, konkretisiert Schramm. „Bis dahin muten Sie uns nicht nur den Neu-, sondern auch den vollen Baustellenverkehr zu.“ Damit seien die Diskussionsergebnisse eines ganzen Jahres Bürgerbeteiligung Makulatur geworden. Fazit: „Der Politikverdrossenheit begegnet man so wohl nicht.“ Dabei sei es gerade Hacker gewesen, die sich schon 2009 für verkehrslenkende Maßnahmen vor Baubeginn ausgesprochen habe. In einem E-Mail an Hacker kündigt Schramm an: „Sollte es bei dieser Beschlusslage bleiben, können Sie eine Reihe von Normenkontrollklagen gegen den Satzungsbeschluss schon jetzt fest einplanen.“ **ULRIKE STEINBACHER**